

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1917 Nr. 18

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 210

Zweite Ausgabe

Donnerstag, 11. Januar 1917

Druckort: Halle (Saale). Verleger: Verleger Erbe Nr. 61 62. Halle (Saale) während der Kriegszeit. Nach dem Krieg: Verleger Erbe Nr. 61 62. Halle (Saale) während der Kriegszeit. Nach dem Krieg: Verleger Erbe Nr. 61 62. Halle (Saale) während der Kriegszeit. Nach dem Krieg: Verleger Erbe Nr. 61 62.

Verlagsort: Halle (Saale). Verleger: Verleger Erbe Nr. 61 62. Halle (Saale) während der Kriegszeit. Nach dem Krieg: Verleger Erbe Nr. 61 62. Halle (Saale) während der Kriegszeit. Nach dem Krieg: Verleger Erbe Nr. 61 62.

## Griechenland vor bedeutsamen Entscheidungen

### Die Franzosen aus dem Piräus zurückgezogen

London, 10. Januar. „Daily Telegraph“ wird aus der Hauptstadt von Athen Freitag gemeldet: Im neuen Sommerkrieg vorzugehen, hat der französische Admiral heute früh die Abreise der französischen Kriegsmarine nach Piräus, die als Station im Piräus besetzt, zurückgezogen, so daß die Stadt jetzt ganz den Griechen überlassen ist. Auf diese Weise ist auch das Hauptkontrollbüro der Alliierten geschlossen. Die Verbindung mit dem Lande, die bisher aufrecht erhalten worden war, ist jetzt abgebrochen.

Paris, 11. Januar. Während die Ententeferenzen in Rom tagt, traf, wie im „A.“ berichtet wird, eine deutsche Gesandtschaft ein, die Einwürfe politischer und juristischer Natur beinahe gegen sämtliche von der Entente in der Note geerbte Sicherheit und Garantie erhob. Von der Konferenz ist darauf das zweite, kurz befristete Ultimatum an Griechenland bestellend worden. Der rücksichtslose Anschlag Statens an die Schwärzende habe eine außerordentliche Straftatung der Alliierten befristet.

Die russische Kolonie soll, wie verschiedene Blätter berichten, dem Piräus bereits verlassen haben. Auf dem Weg nach den Inseln des Ägäischen Meeres, sowie in Angelegenheiten, seien hunderte von Flüchtlingen des Piräus verhaftet worden. Seitens der Alliierten wird behauptet, daß beim ersten Fall der Erziehung von Benizelos alle von der vorläufigen Regierung in Saloniki gefangen genommenen Ministerien Geiseln erschaffen würden.

Athen, 9. Januar. (Neuter.) Die Ententeblätter haben in dem letzten Ultimatum an Griechenland auch die Forderung gestellt, daß die Tätigkeit der Benizelosen für die Entente beschränkt werde, die gegenwärtig von den Alliierten besetzt liegt. Ein Kronrat ist in Athen berufen worden, während gleichzeitig das Kabinett zusammengetreten ist.

Paris, 10. Jan. Die Blätter äußern sich erfreut, daß die erste Folge der Konferenz in Rom eine energische Bewegung gegen König Konstantin sei. Sie melden, der Kaiser, füglich zu handeln, sei infolge einer langen Denkschrift voller Missbilligung des Königs Konstantin gelöst worden und dadurch die unläßliche Einigkeit der Alliierten bei ihren diplomatischen und militärischen Vorgehen im Orient befähigt worden. — „Zeit Paris“ schreibt: Wenn der König innerhalb der festgelegten Frist die Bedingungen nicht annimmt, wird der Abbruch der diplomatischen Beziehungen erklärt, und General Sarrail wird für die Freiheit und Sicherheit seiner Truppen in jeder Beziehung selber sorgen.

Bern, 10. Jan. Die „Bernische Tagblatt“ schreibt zu dem Ultimatum an Griechenland: Nun liegt der erste Pfeil aus dem Meer von den Staatsmännern der Entente aus dem Gefäß. Er hat das meiste und doch nicht ganz ungeschickliche Griechenland zum Ziele, das sich höheren militärischen Zwängen einer machtvoll aufrückenden Koalition unterordnen muß. Es ist ein Schritt, der gegenüber den kleinen neutralen Staaten, es wird die Gewaltpolitik von dieser Seite hoffentlich herabst. Die Pariser Presse hält eine kriegerische Zerstückung mit Griechenland für unüberwindlich. „Derab“ erklärt aus Athen, daß man dort wiederholte Maßnahmen zur Kriegsbereitschaft treffe.

### Die dritte bulgarische Armee für neue Schläge frei

Ueber die durch die jüngsten Kämpfe auf dem Balkan geschaffene Lage erzählt der Kriegserklärer Eugen Senhoff von maßgebender Stelle folgendes: Die Erfolge in der Dobruđa sind sehr hoch anzuschlagen. Einmal ist die dritte bulgarische Armee für neue Operationen frei geworden, andererseits ist die im Rahmen von Galatz befindliche feindliche Armee dadurch befreit, daß die Stadt ihre Verbindungen mit dem Hinterland hat und ihr nur mehr die Verbindungen auf den Flüssen Schabla, Chernovitz und Tschirba übrig bleiben. — Im Zusammenhang mit der Eroberung der Festung Sosen in der neutralen Zone besteht der Gedanke eines Waffenstillstandes aufgedacht. Die Zentralmächte müssen die Möglichkeit eines solchen Waffenstillstandes auf das Entschiedenste ablehnen. Das französische Kriegsministerium schickte jetzt 200 Offiziere nach Rom, um die auf höchstens 100 000 Mann aufzunehmende Armee mit neuen Rekruten auf den Stand von 300 000 Mann zu bringen.

### Wilson dankt der Schweiz

Washington, 9. Januar. (Neuter.) Präsident Wilson dankte dem Schweizerischen Botschafter für das Angebot der Schweiz, die Rote Kreuzarbeit zu unterstützen.

### Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 10. Jan., 10. Januar. (Mittl.) In der Westfront stärkeres Feuer nördlich der A. u. c. — In Rumänien Lage im allgemeinen unverändert.

### Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 10. Jan. Amlich wird verlautbart: Oesterlicher Kriegsjahrbuch Zwischen der Putna-Mündung und Jockani wurde der Feind hinter den Sech zurückgeworfen. Weiderters der Enns verließen Russen und Rumänen sich des Druckes unserer Truppen durch östliche Gegenangriffe zu erweichen. Ihre Anführungen blieben erfolglos. Neuerlicher Kammerlitz und eine Einbrüche von 900 Gefangenen und drei Maschinengewehren war dort für den Feind das Ergebnis der beiden letzten Kämpfe. Weiter nördlich bei den I. und F. Truppen keine besonderen Vorgehen.

### Maklischer und südlicher Kriegsjahrbuch

Nichts zu melden.

### Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs

v. Höfer, Feldmarschallentant.

### Generalbetriebsleitung West und Ost

Berlin, 10. Januar. Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ schreibt: Wie hier erfahren, hat der deutsche Generalstabschef in Aussicht genommen, die Aufgaben der von ihm in Saarbrücken und Berlin eingesetzten Oberbetriebsleitungen dadurch zu erweitern, daß ihnen die Überwachung der gesamten Verkehrswege in ihren Bezirken übertragen wird. Sie sollen dahin wirken, daß ungenutzte Transportmittel, ungenutzte Straßen, ungenutzte Eisenbahnen, ungenutzte Kraftwerke, ungenutzte Anlagen mit den Verkehrsinteressen, den Kriegsvorgängen und den in Betracht kommenden militärischen Stellen gelöst werden. Wo im Wege der Verbindung mit den Verkehrsinteressen das Ziel nicht erreicht werden kann, wird gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Verkehrsinteressen (Bereitschaften) geschritten werden müssen. Die Aufgabe ist in hohem Maße wichtig, da die Oberbetriebsleitungen, deren die Generalbetriebsleitung des Westens, telegraphisch abgefragt die Aufgaben G. S. L. W. und „Generalbetriebsleitung des Ostens“, telegraphisch abgefragt G. S. L. O.

### Die Uebereinstimmung der Verbündeten

Sofia, 9. Jan. Meldung der bulgarischen Telegraph-Agentur. Von ausländischer Stelle wird mitgeteilt, daß der bulgarische Generalstabschef, der in Begleitung des Kronprinzen Boris zu kurzen Aufenhalten im deutschen Großen Hauptquartier weilte, wo er von Kaiser Wilhelm in längerer Audienz empfangen wurde und längere Vespredungen mit dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, General Ludendorff, dem selbstbetretenden österreichisch-ungarischen Armeoberkommandanten Erzherzog Friedrich und dem Ober der österreichisch-ungarischen Generalstabschefen Freiherr Conrad v. Höndendorff hatte, mit den Ergebnissen seiner Mission sehr zufrieden ist. Er berichtete König Ferdinand darüber in Mad Witten.

Wien, 10. Jan. Der Kaiser besah sich gestern nach dem Standort des Armeoberkommandos und empfangt dabei in Privataudienz u. a. den Kronprinzen Boris von Bulgarien, die Erzherzöge Karl Steban und Karl Albrecht, den Minister des Heubers Grafen Czernin, den fährlich deutschen Militärbeobachtungen, den der Werbölischen Legion zugeleiteten preussischen Generalmajor v. Caman, den Militärgeneraloberkommanden von Luffin, Feldzeugmeister Graf, den kriegsmässigen Generalstabschefen Freiherr von Krobatitz und den k. u. k. Vorkämpfer in Washington Grafen Tarnowski.

### Ministerrat in Wien

Wien, 10. Jan. Heute fand unter dem Vorsitz des k. u. k. Ministers des k. u. k. Hauses und des Heubers Grafen Czernin ein allgemeiner Ministerrat statt, der mit dem Krieg zusammenhängende wirtschaftliche Angelegenheiten zum Gegenstand hatte. In der Beratung, die, mit einer Unterbrechung zur Mittagszeit, von 10 Uhr normtals bis 16 Uhr abends währte, nahmen die beiden Ministerpräsidenten, die gemeinsamen Minister, die beiden Finanzminister, der ungarische Finanzminister, die Ober der beiden Erklärungsminister, ein Reichsminister des Armeoberkommandos und der Militärkommanden von Luffin teil.

### Ressortpartikularismus bei der Neuorientierung

Von Gen. Justizrat Richard Deinhardt, Oberlandesgerichtsrat in Jena.

Die Reichsleitung tritt ein für das erhabene Ziel der Verständigung, der Verständigung der Völker, für einen Weltfriedensbund; mit allen Mitteln hat sie es unermüdet nicht abgesehen durch Abfragen, nicht abgesehen durch geistliche Erhebungen. Wer denkt nicht an das Weltkriegerum vor der französischen Revolution, an die heilige Allianz nach den Freiheitskriegen, die die Staatengemeinschaft vor einem Friedensbrüche bewahren wollte?

Nach im Innern sucht die Reichsleitung das gegenseitige Vertrauen und Vertrauen zu fördern, mit allem guten Willen, wenn auch manchmal nur nach der einen Seite. Nun aber kommt es fast auf die kleinen Pfändungen der inneren Verständigung das Vorgehen des Reichsjustizrats — der Reichsjustizrat ist nicht mehr.

Man weiß, wieviel misrautbares Geizt sich breit macht in den Justizpalästen Deutschlands, wie unter Prozeßverfahren zunächst die Unwirklichkeit hat, die Überhaarigkeit der Parteien noch zu vernehmen, ja sogar autowillige Parteien erst noch übermäßig zu machen, wie durch die Kleinlichkeit der Formensucht ein Geist der Verneinung, des Mangels und Kaderns großgezogen wird und unter janges Leben verpufft.

Gerichte und Gendarm, alle schäbigen Stände haben immer mehr die Unwirklichkeit in unserem Prozeßwesen der 70er Jahre erwinden, das auf Eigenwilligkeit, Verzweigung, Streit und Kampf um kleinliche Formalitäten aufbaut ist. Die Bewegung greift über die Erwerbstätigen hinaus. Während Parteien, deren Erzeugung von Schmolter u. a. rüchtern im Sommer 1915 eine Einlage an den Reichstag, ein Güterverbot einzuführen, das sich aufbau auf dem Geizt des ganzen Willens, des Vertriebens, der Zusammenarbeit zur Ergründung der Wahrheit und innerer Gerechtigkeit, hat das Ranken um äußerliche Formen und Kleinigkeiten. Die Seelenkräfte sollen nicht mehr verzettelt werden um Fragen der Aufteilung, der Pfändung, der Nebenintervention um, Gemeinheitsgebäude statt Streitverbot; Anbau statt grundsätzlicher Vermittlung. Ein Güterverbot ist ein, das den Schwachen, den geistig Unmündigen, nicht auf der Höhe Stehenden im Wolfe nützt, geistig-fähig wie wirtschaftlich. Der Staat muß ihnen gegenüber Fürsorge und „Pflege“ betreiben, statt daß sie sich fangen in den Spalten und Schlingen des Rechts, der Rechtsformlichkeiten und Umständlichkeiten. Nicht Verständigung um jeden Preis, kein vorläufiger Frieden, nicht unbedingte Aufhebung der Verhältnisse in Verfassung, Ausschalten des Geizts, feindliche Verdrängungen. Die Vorzüge des Güterverbotens gegenüber dem Streitverfahren sind zu entdecken, daß man nicht so bedenklider und beinahe frivoler Willkür bedarf, wie Sans Delirium auf dem Wege der Völkerverdrängung, der Kette; Verdrängung wie es auch einmal mit dem Positivismus. Er ist absurd, aber credo, quia absurdum!

Der Reichstag nahm den Antrag an, das Güterverbot einzuführen. Aber das Reichsjustizamt freudte sich damals, als es jetzt die Anregung in Form einer Anfrage wiederholt wurde, stellte es sich wieder ablehnd. Es hat ein Haar in der Entlastungsverordnung gerunden, die es zum großen Teil hat fallen lassen unter dem Drucke wirtschaftlicher Erwerbsinteressen, die sich bei freier Zulassung zur intoleranten Beherrschung der Defensivität und des Staates zu machen wüßten.

Die Reichsregierung, das ist das Reichsjustizamt, meint, die Reichsjustiz nicht offen als Grund annehmen, die heilige Ange, die nicht dazu ansetzen, tiefgreifende Änderungen vorzunehmen und durch eine Umgestaltung der bestehenden Organisation oder der Einführung neuer Organe in die allgemeine Ordnung einzuführen.

Sat man sonst in der Reichsverwaltung so schmerzlich bringende innere Notwendigkeiten bereite getroffen, die Erfüllung heißten im Sinne fortwirkender Staatsentwässerung? Auf dem Gebiete des Wirtschafts- und Erwerbswesens haben wir die stärksten Eingriffe erlebt, neue Behörden und Organisationen sind geschaffen worden, im Seewesen haben wir Kriegskommissionen, Zivilisten usw. Man darf sich überall der Entwicklung der Dinge an. Darf die Zufut bei dem bleiben, was in den 70er Jahren, vor dem Zerfall der Industriemittelungen, der Zusammenfall der Organisations gerade noch kümmerliche, der geringen mochte? Ein historisch biologischer Denkwert ist nicht mehr, wie die Vertreter eines uniformierten National-





